

## Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät\*innen Mag.a iur. Dolores Bakos, BA (NEOS), Thomas Weber (NEOS), Peter Florianschütz, MA MLS (SPÖ), Marina Hanke, BA (SPÖ), Mag.a Aygül Berivan Aslan (GRÜNE), Nikolaus Kunrath (GRÜNE) und Mag.a Caroline Hungerländer (ÖVP) zu Post Nr. 13 der Tagesordnung für den Gemeinderat am 23.03.2023.

### **Menschenrechtsverletzungen an der Volksgruppe der Hazara in Afghanistan**

Seit dem Abzug der US-Truppen im August 2021 und der anschließenden Übernahme Afghanistans durch die Taliban hat sich die Lage im Land dramatisch verschlechtert. Insbesondere die humanitäre Situation ist besorgniserregend, da die Taliban die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Wasser und medizinischer Hilfe schwer beeinträchtigen. Es gibt Berichte über Hungersnot, Obdachlosigkeit und den besorgniserregenden Mangel an grundlegenden menschlichen Bedürfnissen.

Die Taliban-Regierung begeht zahlreiche Menschenrechtsverletzungen, insbesondere hinsichtlich der Unterdrückung von Frauen und Mädchen, der Einschränkung der Meinungsfreiheit und der Verfolgung von Personen, die sich in der Vergangenheit gegen sie ausgesprochen haben. Auch die Wirtschaft Afghanistans ist schwer getroffen, da die meisten Geschäfte geschlossen sind und die Arbeitslosigkeit steigt. Die Einstellung der finanziellen Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft hat die Lage weiter verschärft. Es ist ungewiss, wie die Zukunft Afghanistans aussehen wird, aber es ist klar, dass die Bevölkerung weiterhin unter ihrer Herrschaft und den damit verbundenen Menschenrechtsverletzungen sowie einer großen humanitären Katastrophe leidet.

Eine Bevölkerungsgruppe, die besonders von der Situation vor Ort betroffen ist, ist die Gruppe der Hazaras, die eine ethnische Bevölkerungsgruppe in Afghanistan bilden und mehrheitlich schiitischen Glaubens sind und damit eine religiöse Minderheit in einem Land darstellen, das mehrheitlich sunnitisch ist.

Schon seit Jahrhunderten sind die Hazaras brutaler Gewalt, Massentötungen und Vergewaltigungen ausgesetzt. Ende des 19. Jahrhunderts wurde etwa eine große Mehrheit der Hazaras auf Befehl des afghanischen Königs vernichtet.

Unter dem ersten Taliban-Regime zwischen 1996 und 2001 erreichte die Verfolgung und Ermordung der Hazaras einen weiteren Höhepunkt.

Seit dem Zerfall der afghanischen Regierung der Nationalen Einheit, in der Hazaras vertreten waren, beziehungsweise seit dem Abzug internationaler Truppen im Sommer 2021 wird die systematische Verfolgung mit dem Ziel der Vernichtung der Hazaras auf grausamste Art fortgesetzt.

Die internationale Gemeinschaft beginnt sich mit diesen Gräueltaten auseinanderzusetzen. Im September 2022 wurde die Situation der Hazaras im Menschenrechtsrat der UNO auf Grundlage eines Berichtes des Spezialrapporteurs zu Afghanistan thematisiert. Im britischen Parlament wurde Anfang 2022 ebenso eine eigene parlamentarische Untersuchungsgruppe zur Lage der Hazaras in Afghanistan und Pakistan gebildet.

Als Menschenrechtsstadt darf Wien bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht wegschauen, sondern hat die Verpflichtung, sich auf die Seite der Opfer zu stellen.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

### **Beschlussantrag:**

Der Wiener Gemeinderat verurteilt die schweren Menschenrechtsverletzungen, denen die Völkergruppe der Hazaras ausgesetzt ist, und spricht sich für eine Aufklärung über deren Lage aus.

Weiters ersucht der Wiener Gemeinderat den Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten, sich innerhalb der Europäischen Union und der Vereinten Nationen für den Schutz der Hazaras und für ein Monitoring der Gefahr von schweren Menschenrechtsverletzungen einzusetzen.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

22.03.2023